



Reinhard Schultz
Mitglied des Deutschen Bundestages

Reinhard Schultz, MdB · Platz der Republik · 11011 Berlin

An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Per Mail

Platz der Republik
Unter den Linden 50
11011 Berlin
☎ 030 - 227 77371
☎ 030 - 227 76343
✉ reinhard.schultz@bundestag.de

Bürgerinnen- und Bürgerbüro
Bülstr. 16
48231 Warendorf
☎ 02581 - 9 41 97 64
☎ 02581 - 7 89 39 56
✉ reinhard.schultz@wk.bundestag.de

Privat
Otto-Wels-Str. 5
48351 Everswinkel
☎ 02582 - 7371
☎ 02582 - 9622
✉ reinhard.schultzmdb@t-online.de

Homepage:
<http://www.reinhard-schultz.de>

Berlin, 10.07.09

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gleichgültig, wie man zum Steinkohle-Kraftwerk Moorburg in Hamburg steht: Die moralische Empörung von Greenpeace und anderen über die Klage des Betreibers Vattenfall vor der Schiedsstelle der Weltbank wegen wettbewerbswidrigen Auflagen der Genehmigungsbehörde in Hamburg und damit Verstoß gegen die Energiecharta ist lächerlich. Entweder bestätigt die Schiedsstelle die Angemessenheit der Umweltauflagen auch im internationalen Vergleich, dann sind die Kritiker des Kraftwerks bestätigt worden. Oder aber die Schiedsstelle hält die Auflagen für willkürlich und einen Verstoß gegen internationales Recht, dann muss sich zunächst einmal die Stadt Hamburg verantworten, die das deutsche Genehmigungsrecht nicht etwa konsequent angewandt sondern geradezu protektionistisch überdehnt hätte.

Für das Verhältnis deutscher Umweltpolitik zur Industriepolitik würde dann für die Zukunft eine neue Balance gelten, nämlich die des *level playing field*. Vattenfalls Klage wird so oder so größte politische Bedeutung gewinnen. Ich begrüße das ausdrücklich. Nicht weil ich mit Vattenfall besonders verbunden bin (was stimmt), sondern weil auch ich wissen will, ob politische Willkür das Recht brechen darf. Auch deutsche Unternehmen fordern im Ausland Gleichbehandlung für ihre Investitionsmöglichkeiten. Zu Recht.

Im Übrigen widerspricht die Vorgehensweise der Genehmigungsbehörden über weite Strecken nicht nur deutschem Recht, sondern auch der Energiepolitik der Bundesregierung. Der geht es darum, den CO₂-Ausstoß aus Kohlekraftwerken durch den Treibhausgas-Handel zu regulieren und durch einen ständig abzusenkenden Deckel zu begrenzen. Es geht aber nicht darum, einzelne Kohlekraftwerke, dazu noch Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, zu verbieten. Jedes Kraftwerk ist klimapolitisch zulässig, das unter den Treibhausgas-Deckel passt.

So oder so. Das Urteil des Schiedsgerichts der Weltbank wird größte Bedeutung für den Investitionsstandort Deutschland haben.

Mit freundlichen Grüßen